

Quelle: Echo 27.7.2024

Modern Monetary Theory: Der Staat kann nicht pleitegehen.

„Ich sehe die Demokratie schon jetzt ein Stück weit beschädigt, weil ständig die Regierungen behaupten, das Geld wäre nicht da. Das kann aber keine richtige Begründung sein. Natürlich kann man sagen, die Ressourcen sind nicht da. Aber einfach salopp zu sagen, es sei beispielsweise fürs Klimageld kein Geld da, das stimmt einfach nicht.“

Dr. Ehnts:

Der Ökonom Dr. Dirk Ehnts arbeitet als externer Dozent im Online-Studiengang „Economics of Sustainability“ an der Torrens University Adelaide (Australien) und an der Steinbeis School of next practices in Berlin. Er ist Mitglied im Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften beim Verein für Socialpolitik und Autor mehrerer Bücher über Geldtheorie und Makroökonomik.



© Monika Skolimowska/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

Kein Geld fürs Klima oder für Bahnstrecken: Warum die Bundesregierung nicht das Geld der Steuerzahler braucht, um Ausgaben zu tätigen, erläutert der Ökonom Dirk Ehnts im Interview.

Berlin. Bürgergeldhöhung, Rentenanpassung, Kindergrundsicherung: Wer soll das alles bezahlen? Diese Denkweise ist weit verbreitet. Aber stimmt sie überhaupt oder ist das nur ein Mythos? Die Modern Monetary Theory (MMT) bietet eine andere Sichtweise. Diese

erläutert der Ökonom Dirk Ehnts, einer der bekanntesten Vertreter der MMT in Deutschland.

Modern Monetary Theory (MMT)

Die Modern Monetary Theory ist eine makroökonomische Theorie, nach der **Geld nichts anderes ist als eine Steuergutschrift**. Der Staat gibt Geld aus, weil er von den Bürgern Ressourcen kaufen will und damit sie mit diesem Geld Steuern zahlen können. Laut MMT **müssen sich Regierungen keine Sorgen über Schulden machen**, da sie die Zinsen durch Geldschöpfung mit dem Computer („Gelddrucken“) zahlen können. Ein Staat kann Waren, Dienstleistungen und Finanzanlagen bezahlen, **ohne dass er zunächst Geld in Form von Steuern oder Verschuldung einnehmen muss**. Dabei ist er nur durch die Inflation begrenzt, die sich beschleunigt, sobald die realen Ressourcen der Wirtschaft bei Vollbeschäftigung fast ausgeschöpft sind. Die MMT steht im Widerspruch zum gängigen ökonomischen Verständnis. Exzessive Staatsausgaben, die mit einer hohen Staatsverschuldung einhergehen, würden die Inflation treiben, sagen Kritiker.

Herr Dr. Ehnts, die meisten Menschen glauben vermutlich, dass der Staat immer zuerst Steuergeld einnehmen muss, bevor er Geld ausgeben kann.

Auch in der Volkswirtschaftslehre wird das so gelehrt: Dass der Euro eine Goldmünze ist – und der Staat muss die Goldmünzen erst über Steuern an sich ziehen, oder er muss sie sich sozusagen ausleihen, mit dem Versprechen, in Zukunft mehr Geld zurückzuzahlen (Staatsanleihe). Dabei wird immer so getan, als wenn Schuldenfinanzierung der Weg in den Abgrund ist und inflationär. Und dass dies die zukünftigen Generationen belastet. Und wenn der Staat Geld über die Zentralbank druckt, dann würde dies zu Hyperinflation führen. Das ist das, was gelehrt wird. Tatsächlich werden aber sämtliche staatlichen Ausgaben der Bundesregierung über Geldschöpfung bestritten.

Aber führt das nicht zu Inflation, wenn die Geldmenge erhöht wird?

Die Realität zeigt, dass das nicht so ist: Wir hatten ja zum Beispiel in den 2010er-Jahren sogar Nullzinsen und auch gute Wachstumsraten, trotzdem hatten wir in dieser Zeit nie ein Problem mit Inflation. Es war deutlich, dass selbst Nullzinsen nicht zu Inflation führen.

Zinsen und Inflation

Laut der gängigen Lehre **sollen niedrige Zinsen vereinfacht gesagt zu steigender Kreditvergabe führen**. In der Folge **wird mehr Geld ausgegeben, wodurch die Inflation steigt**. Steigen die Zinsen, wird mehr gespart. Dadurch wird weniger Geld ausgegeben. Das bremst zwar das Wirtschaftswachstum, senkt gleichzeitig aber auch die Inflation.

Wenn die Staatsausgaben nicht das Problem sind, was treibt dann die Inflation in die Höhe?

Das sind die begrenzten Ressourcen. Wenn es nicht genug qualifizierte Arbeitskräfte gibt, dann kann der Staat sie auch nicht kaufen beziehungsweise einstellen. Dann muss er vielleicht höhere Löhne bieten, damit Arbeitskräfte aus der privaten Industrie zum Staat wechseln. Wenn man aber höhere Löhne zahlt, dann steigt die Kaufkraft, und das kann

inflationär wirken, wenn die Produktivität nicht steigt. Allerdings hatten wir das seit 50 Jahren nicht mehr, dass die Nachfrage dazu führt, dass die Inflationsrate steigt. Es ist letztlich eine Mischung aus verfügbaren Ressourcen und auch die Frage der Produktionskapazitätsauslastung. Und da haben wir momentan massig Spielraum. Die Unternehmen jammern zwar über Fachkräftemangel, aber wenn man sie fragt, ob sie noch mehr produzieren könnten, dann sagen sie, dass sie das zwar könnten, dass ihnen aber die Aufträge fehlen.

Politik Deutschland

Hängepartie bei den Haushaltverhandlungen: fatales Signal

Geht es um Staatsausgaben, sagt Finanzminister Lindner, dass mit dem Abbezahlen der Zinsen für Schulden die nachfolgenden Generationen belastet würden.

Wenn man einmal verstanden hat, dass sämtliche Ausgaben der Bundesregierung über Geldschöpfung bestritten werden, dann bedeutet das natürlich auch, dass sämtliche Zinszahlungen an die Besitzer der Staatsanleihen ebenfalls über staatliche Geldschöpfung beglichen werden.

Dirk Ehnts

Der Ökonom Dr. Dirk Ehnts arbeitet als externer Dozent im Online-Studiengang „Economics of Sustainability“ an der Torrens University Adelaide (Australien) und an der Steinbeis School of next practices in Berlin. Er ist Mitglied im Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften beim Verein für Socialpolitik und Autor mehrerer Bücher über Geldtheorie und Makroökonomik.

Fehler! Es wurde kein Dateiname angegeben.

Der Ökonom Dr. Dirk Ehnts ist einer der bekanntesten Vertreter der Modern-Money-Theory in Deutschland.

© Dirk Ehnts

Das heißt also, ein Staat kann niemals pleitegehen, wenn er immer seine eigene Währung schöpfen kann?

Genau. Den nationalen Regierungen in der Eurozone kann das Geld heute eigentlich nicht ausgehen, auch Griechenland nicht.

Trotzdem wird den Bürgern aber vermittelt, dass man den Gürtel enger schnallen müsse. Oder dass allein die Steuerzahler mit ihrem Geld alles finanzieren.

Aus wissenschaftlicher Sicht stimmt das nicht. Die Experten wissen das auch, aber Finanzminister Lindner ist der Meinung, dass er den Staat kleinhalten muss. Und er meint vermutlich, dass die Wählerinnen und Wähler der FDP das dann entsprechend mit guten

Wahlergebnissen honorieren würden. Aber wenn er sagt, dass der Staat nur das ausgeben kann, was er über Steuern vorher eingenommen hat, dann ist das faktisch falsch.

Dass die Wählerinnen und Wähler glauben sollen, dass es nur Steuerzahlergeld gibt, geht übrigens auf Margaret Thatcher zurück. Sie hat in den 80er-Jahren gesagt, es gibt kein öffentliches Geld, es gibt nur privates Steuerzahlergeld, und davon haben wir nicht genug. Dabei es ist es genau andersherum, aber sie wollte damals privatisieren.

Sollten die Schuldenbremse und die Fiskalregeln überdacht werden?

Wie das wirkt, wenn die Fiskalregeln nicht mehr gelten, hat ja die Corona-Pandemie gezeigt. Die EU hatte 2020 ganz schnell den Stabilitäts- und Wachstumspakt außer Kraft gesetzt. Die Defizitgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurde aufgehoben, und es gab ein großes Ankaufprogramm der EZB. Damit hat sie dafür gesorgt, dass der Kontostand der nationalen Regierungen immer auf null stand, und diese nicht zahlungsunfähig wurden, egal wie viel Geld sie ausgegeben haben. Die Folge davon war eine wunderbare wirtschaftliche Erholung. Schon 2022 war das BIP wieder auf dem Niveau von 2019. Mit dem Aussetzen der Fiskalregeln lief unsere Wirtschaft super, bis diese 2023 wieder eingesetzt wurden. Jetzt schwächelt die Eurozone, und Deutschland ist der „kranke Mann“, während uns die USA und China davonlaufen. Die USA hatten letztes Jahr ein reales Wachstum von fünf Prozent, weil dort die Staatsausgaben stark erhöht wurden.

Wenn Menschen arbeitslos sind, dann wird das heute eher als individuelles Problem dargestellt. Es ist aber eigentlich ein Problem der Staatsausgaben. Denn wenn diese nicht hoch genug sind, dann stellen auch die Unternehmen nicht so viele Leute ein, wie sie eigentlich könnten.

Dr. Dirk Ehnts Ökonom und Autor mehrerer Bücher über Geldtheorie und Makroökonomik

Wenn es um Finanzierungsfragen geht, dann wollen Linke gerne den Reichen Geld wegnehmen, indem die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird. Das ist aber dann auch nicht notwendig, oder?

Nein, das kann gar nicht funktionieren. Aktuell wird jeder Euro, den die deutsche Bundesregierung ausgibt, über Geldschöpfung der Bundesbank ausgegeben. Insofern gibt es keine Möglichkeit irgendeiner Steuerfinanzierung. Natürlich können wir die Vermögenssteuer einführen, und wir sollten das auch tun, um der sozialen Gerechtigkeit willen. Und wir können auch Steuern einführen, um den Konsum der Superreichen zu reduzieren, damit der CO₂-Ausstoß sinkt. Aber das „Robin-Hood“-Argument, dass man quasi den Reichen nimmt, um es den Armen zu geben, das funktioniert aus technischer Sicht nicht.

Und wenn man seine Wirtschaft von den Steuerzahlungen der Milliardäre abhängig machen würde, dann müsste man ja möglichst viele Milliardäre erzeugen, damit man viele Steuern einnimmt. Daher kann es nicht das Ziel einer linken Politik sein, diesen Steuerzahlergeldmythos von Margaret Thatcher weiterzubreiten.

Meinen Sie das damit, als Sie mal sagten, dass in keinem anderen Teil unserer gesellschaftlichen Systeme ein derartiger Aberglaube herrscht wie im Bereich der Staatsverschuldung?

Genau. Diese Ideologie wird auch aufgrund der Fiskalregeln in der Eurozone und der deutschen Schuldenbremse verstärkt. Wenn der Staat jedoch zu wenig ausgibt, erzeugt das eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, die uns politisch um die Ohren fliegt. Dann wählen die Frustrierten genau entgegengesetzt zur jetzigen Regierung – im Osten vor allem die AfD. Denn wenn die Staatsausgaben gekürzt werden, dann wahrscheinlich eher im Osten, wo dann zum Beispiel einige Bahnstrecken wegfallen.

Wäre es für die Demokratie nicht wichtig, dass die Bürger besser über die Funktionsweise des Geldsystems informiert werden?

Das ist sehr wichtig, gerade weil die ganze Frage der Vollbeschäftigung daran hängt. Wenn Menschen arbeitslos sind, dann wird das heute eher als individuelles Problem dargestellt. Es ist aber eigentlich ein Problem der Staatsausgaben. Denn wenn diese nicht hoch genug sind, dann stellen auch die Unternehmen nicht so viele Leute ein, wie sie eigentlich könnten. Und dadurch bleiben einige arbeitslos. Und das ist natürlich ungerecht. So wie die Wirtschaftsstruktur bei uns ist, erwischt es vor allem den Osten von Deutschland und Regionen, die Probleme mit dem Strukturwandel haben. Das ist aber kein individuelles Problem, und da müsste der Staat eingreifen und die Jobs dort produzieren, wo er Arbeitslosigkeit vorfindet – mit einer Jobgarantie beispielsweise, wie sie auch in Österreich gerade erprobt wurde. Oder er muss diese Regionen mit gezielter Wirtschaftsförderung aufpäppeln.

Ich sehe die Demokratie schon jetzt ein Stück weit beschädigt, weil ständig die Regierungen behaupten, das Geld wäre nicht da. Das kann aber keine richtige Begründung sein. Natürlich kann man sagen, die Ressourcen sind nicht da. Aber einfach salopp zu sagen, es sei beispielsweise fürs Klimageld kein Geld da, das stimmt einfach nicht.